



Gemeinde D – 79271 St. Peter
Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald
Baden-Württemberg

Resolution des Gemeinderates vom 16. Mai 2011

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren der Europäischen Kommission,
sehr geehrte örtliche Europaparlaments-, Bundestags- und
Landtagsabgeordnete,

mit sehr großer Sorge haben wir die unfassbare und schreckliche Katastrophe in Japan verfolgt, hier auch insbesondere die Tatsache, dass ein Kernkraftwerk mit 6 Reaktoren außer Kontrolle geraten ist und damit eine dauerhafte Bedrohung für die Region und Teile des asiatischen Kontinents darstellt. Unsere Gedanken sind bei den Menschen dieses Landes und der Umgebung, die ein unermessliches Leid zu tragen haben.

Wir haben erneut erfahren müssen, dass die Nutzung der Kernkraft nicht sicher ist und für die Bevölkerung ein unvorstellbar großes Gefährdungspotenzial darstellt. Diese erschreckenden Vorkommnisse machen jedem deutlich: Wir müssen weltweit und so schnell wie irgend möglich ein neues und ganz anderes System der Energieversorgung etablieren. Mit umgehenden Maßnahmen zur Energieeffizienz und der dezentralen Nutzung von erneuerbaren Energien, sicher und nachhaltig, ohne Atomenergie und fossile Energieträger. Die Politik muss Rahmenbedingungen schaffen für den Umstieg auf 100% erneuerbare Energien; dass dies in weniger als einer Generation technisch und wirtschaftlich möglich ist, ist erwiesen.

Die Gemeinde St. Peter liegt im inneren Kreis der Fernzone (25 – 100 km) des AKW Fessenheim.

Als Mitglieder des Gemeinderates St. Peter tragen wir eine hohe Verantwortung für die Gesundheit der Einwohner und Gäste, weshalb wir Sie auffordern,

unverzüglich die dauerhafte Stilllegung der 8 ältesten deutschen Atommeiler zu veranlassen und dafür Sorge zu tragen, dass die übrigen Kernkraftwerke bis spätestens 2015 stillgelegt sind.

Die bisherigen Subventionen an die AKW-Betreibergesellschaften sollen gestoppt und an die Adressen von Anbietern alternativer Energiegewinnung umgeleitet werden.

Der Gemeinderat ist außerdem von der Sorge getragen, dass die Vielzahl der technischen Mängel (Schutz vor Erdbeben, Flugzeugabstürzen, Überschwemmungen und terroristischen Angriffen) am ältesten

Atomkraftwerk Frankreichs in Fessenheim zu einem Unfall führen können, der unsere Heimat in weitem Umkreis für lange Zeit unbewohnbar machen würde.

Der Gemeinderat fordert deshalb alle zuständigen Instanzen auf, die Stilllegung des Atomkraftwerks Fessenheim umgehend einzuleiten. Die Staatsregierungen Europas und der Schweiz werden aufgefordert, alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, um den europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie zeitnah umzusetzen.

Darüber hinaus werden Sie aufgefordert, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass auch nicht EU angehörende europäische Staaten in die Prüfung der Sicherheitsrelevanz (sog. Stresstest) mit einbezogen werden. Dies trifft insbesondere für die grenznahen Kernkraftwerke der Schweiz zu, die teilweise älter sind als das Kernkraftwerk Fessenheim. Sollten dabei Sicherheitsmängel festgestellt werden, müssen diese Kernkraftwerke stillgelegt werden.

Die zuständigen Behörden, namentlich

- die Landesregierung Baden-Württemberg und die Bundesregierung,
- die Europäische Kommission,
- sowie die örtlichen Europaparlaments-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten

werden aufgefordert, die Anliegen dieser Resolution in geeigneter Weise zu unterstützen.

An die Stelle von Atomenergie soll in Europa eine nachhaltige und dezentrale Energiewirtschaft treten, die auf Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen setzt. Diese Zielsetzungen dienen auch dem weltweiten Klimaschutz.

Erforderlich sind hierfür jedoch auch Erleichterungen bei der Umsetzung und dem Bau von Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien, besonders bei Wind- und Wasserkraftanlagen.